

Abrechnung 25 Pf., monatlich 2.00 M.  
Im voraus zahlbar. Postbezugs 4.00 M.  
einschl. Bestellgeld, Anzeigenabnahme  
ment 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich  
einmal, die Abrechnung für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Vorwärts“, illustrierte Beilage „Kraft  
und Zeit“ und „Rinderfreund“, Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Lohn“, „Bild in die  
Wirklichkeit“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kapitalvermehrung  
40 Pfennig, Kassenvermehrung 1.- Reichs-  
mark, „Kleine Anzeigen“ des jetzigen  
Blattes 20 Pfennig, jedes weitere Wort  
2 Pfennig, Stellenangebote des 20.  
Blattes 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte, Anzeigenmarkt  
Seite 50 Pfennig, Familienanzeigen für  
Abonnement Seite 40 Pfennig, Anzeigen-  
annahme im Hauptgebäude, Unter-  
den-Linden 2, wochentlich, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Ebdorff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37534 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassen Ebdorffstr. 3

## Der Schiedsspruch Zöttens nichtig!

### Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts.

Zeitung, 22. Januar.

Das Reichsarbeitsgericht fällt nach Verhandlung der  
Verufung im Arbeitskonflikt Nordwest folgendes Urteil:  
Das Urteil des Landesarbeitsgerichtes Duisburg vom  
24. November 1928 wird aufgehoben. Die Verufung  
der Beklagten gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes  
Duisburg vom 12. November 1928 wird zurückge-  
wiesen. Der in der Streitsache der Parteien ergangene  
Schiedsspruch vom 26. Oktober 1928 ist nichtig.

Aus dem Urteil geht nicht hervor, aus welchen juristi-  
schen Gründen das Reichsarbeitsgericht den Schiedsspruch  
für nichtig erklärt hat: ob wegen des Einbruchs in den  
Rahmentarif, oder wegen der Fällung des Schiedsspruchs  
durch den Schlichter allein. Wenn man also die definiti-  
ve Würdigung des Reichsarbeitsgerichtsurteils zurück-  
stellen muß, bis die Gründe bekannt sind, die zu diesem Urteil  
geführt haben, so ergeben sich doch heute schon eine Reihe von  
Schlußfolgerungen.

Auf jeden Fall zeigt das Urteil des Reichsarbeitsgerichts  
wie notwendig die von der sozialdemokratischen Reichstags-  
fraktion vorgeschlagene Aenderung der Schlich-  
tungsverordnung ist.

Es zeigt weiter, daß die Reichsregierung durch  
ihr Eingreifen nicht nur verhindert hat, daß durch Fortgang  
der Ausperrung eine wirtschaftliche Katastrophe heraus-

beschworen wurde, sondern daß gleichzeitig damit die Inter-  
essen der Ausgesperrten am sichersten ge-  
wahrt wurden. Heute gilt, unangefochten und unanfecht-  
bar, der Spruch Sederings. Wäre das nicht der Fall, so  
gäbe es heute überhaupt keinen geltenden Schiedsspruch, denn  
der von Zöttens ist ja für nichtig erklärt. Dann hätten die  
Arbeiter der nordwestlichen Eisenindustrie weder die Arbeits-  
zeitverkürzung noch die Lohnerhöhung, die ihnen der Schieds-  
spruch Sederings sichert.

Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts zeigt weiter, daß die  
Gewerkschaften gut beraten waren, als sie sich dem Vorschlag  
der Reichsregierung unterwarfen. Ohne das Eingreifen der  
Reichsregierung müßten heute neue Verhandlungen  
beginnen, deren Ausgang niemand voraussehen kann.

Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts zeigt den Arbeitern  
des Ruhrgebiets, zeigt allen Arbeitern, wie frühig das  
Recht ist, wenn es nicht gestützt wird durch die organi-  
satorische Macht der Gewerkschaften. Niemals würden  
die Unternehmer ausgesperrt haben, wenn die Ruhrarbeiter  
zu 80 oder 90 Proz. gewerkschaftlich organisiert wären.

Die Unsicherheit der Rechtslage, die nur durch den Gesetz-  
geber beseitigt werden kann, ist schon dadurch erwiesen, daß  
die Unternehmer keineswegs sicher waren,  
das Recht auf ihrer Seite zu haben. Wären sie dessen sicher  
gewesen, so würden sie erstens nicht ausgesperrt, zweitens sich  
nicht dem Schiedsspruch Sederings unterworfen haben. Daß  
sie das zweite getan haben, mag ihnen heute leid tun — die  
Arbeiter haben es nicht zu bedauern.

## Amerikanische Stimmen zur Reparation

### Der Knabe, der Stein und die Kage

New York, 22. Januar.

„World“ schreibt, die Sachverständigen der Reparationskom-  
mission befinden sich in der Lage eines Knaben, der einen Stein  
gegen eine Kage schleudern möchte, sich aber dem Stein erst  
einmal nähern muß, ohne daß die Kage es merke. In der gleichen  
Weise müßten die Sachverständigen die Frage der Alliierten-  
Kriegsschulden äußerlich ignorieren, obwohl sich  
innerlich jeder von ihnen mit dem Kriegsschulden-Problem be-  
schäftigen müsse. Formell würden also Deutschlands Verpflich-  
tungen ohne Rücksicht auf die Verpflichtungen Englands, Frank-  
reichs und Italiens betrachtet werden, tatsächlich aber seien die  
Zahlungen, die die Alliierten an die Vereinigten Staaten zu leisten  
haben, der Grundfaktor für die Bestimmung der deutschen Zahlungen  
an die Alliierten. In diesem Konflikt zwischen Formalis-  
mus und Wirklichkeit habe die Wirklichkeit, alle Aussicht,  
zu liegen.

Der Londoner Berichterstatter des Blattes „Herald and Tribune“  
gibt einen Überblick über die Motive derjenigen Nationen, die  
die Einberufung der Sachverständigen-Konferenz für wünschenswert  
halten. Er meint, daß neben Deutschland namentlich Frank-  
reich wegen seines Geldbedarfs am Abkommen stark inter-  
essiert sei, während sich England, Italien und Belgien  
weniger in einer Zwangslage befänden. Die Vereinigten  
Staaten hätten in Anbetracht ihrer großen Kapitalanlagen in  
Deutschland das größte Interesse an dessen Wohl-  
ergehen.

## Warum die Kommerzialisierung schwierig ist.

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die „Agence Havas“ läßt sich am Dienstag folgendes aus  
Washington berichten: In amerikanischen Finanzkreisen sehe  
man die Aufgabe des Sachverständigen-Komitees lediglich in der  
endgültigen Festlegung der Höhe der deutschen  
Gesamtschuld sowie der Anzahl der Annuitäten. Dies werde  
dann ganz von selbst eine Revision des Dawes-Planes zur  
Folge haben. Bezüglich der Möglichkeit einer teilweisen Kom-  
merzialisierung der deutschen Schuld zeige man sich aber eher  
skeptisch und weise darauf hin, daß die Ausnahmefähigkeit des  
amerikanischen Marktes beschränkt sei. Das breite Publikum inter-  
essiere sich in Amerika weit mehr für Aktien, weswegen die Unter-  
bringung derartiger Obligationen sich immer schwieriger gestalte.

## Kellogg-Ratifizierungen.

### Demnächst in Deutschland und Polen. — In Litauen bereits vollzogen.

Nachdem der amerikanische Senat, wo am ehesten  
Schwierigkeiten zu erwarten waren, den Kellogg-Pakt nahezu ein-  
stimmig ratifiziert hat, gehen jetzt zahlreiche Staaten daran, ihre-  
seits die Ratifizierung vorzunehmen.

Wie wir hören, steht die Ueberweisung der Kellogg-Vorlage

durch die Reichsregierung an Reichsrat und Reichstag mi-  
ttelbar bevor.

Ebenso wird aus Warschau gemeldet, daß der Sejm in aller-  
nächster Zeit über die Ratifizierung beschließen wird.

Die litauische Regierung, die nach juristischen Methoden  
regiert und parlamentarische Beschlüsse nicht braucht, hat die Rati-  
fizierung von sich aus am Dienstag vollzogen.

## Ein „füßer“ Finanzschwindel.

### 9 Millionen Tonnen Reparationszucker verschwunden.

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Serie der Finanzschwindel wird jetzt durch einen Repara-  
tionszucker-Schwindel abgelöst. Gegen drei Leiter einer französischen  
Zuckerfirma wurde ein Verfahren eröffnet, da sie sich im  
September 1927 9 Millionen Tonnen Zucker vom Finanzministerium  
auf Reparationskonto zu verschaffen gesucht haben. Ni-  
mand weiß heute, was mit diesem Zucker sowie dem Erlös aus  
seinem Verkauf geschehen ist. Die Gesellschaft hat mittlerweile  
freiwillig ihren Bankrott erklärt. Dennoch handelt  
es sich um einen betrügerischen Bankrott, denn von den Aktiven  
sind 80 Millionen zurückgezogen worden.

## Habibullah gegen Rußland.

### Anleihegesuch an England.

Kairo, 22. Januar.

Wie aus Kairo gemeldet wird, hat Habibullah beschlossen,  
die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion abzu-  
brechen. Hingegen soll Habibullah England ersucht haben,  
ihm eine Anleihe zu gewähren, aus welcher die Kosten der ersten  
Regierungszeit bestritten werden sollen. Wie jetzt verlautet, sind die  
Gerüchte über die Ermordung Habibullahs durch die Aufdeckung  
einer Verschwörung entstanden, die Anhänger Amanullahs  
gegen Habibullah angezettelt haben sollen. Die Anführer der Ver-  
schwörung wurden standrechtlich erschossen.

## Amanullahs Rüstungen.

London, 22. Januar.

Die Bemühungen Amanullahs, seinen Anhang und seine mili-  
tärische Macht zu stärken, scheinen Erfolg zu haben. Die Häupt-  
linge der Jamshedi und Ferachi-Stämme haben aus Herat und  
Besha im äußersten Westen Afghanistans Deputationen an Aman-  
ullah geschickt und ihm ihre Unterstützung zugesagt. Auch  
der Sulaimanelli-Stamm hat sich für Amanullah ausgesprochen.  
Abgesehen von den Thronprätendenten Omar Khan und mit  
Schimpf und Schande von diesem Stamm fortgesetzt worden.  
Die Stämme der Durani und Gilsai schickten Amanullah (der ein  
Durani ist) Verstärkungen, so daß seine Truppenzahl über 7000  
Mann betragen soll. Aus Turkestan trafen schwerbeladene  
Karawanen mit Kriegsmaterial ein, das angeblich aus russischen  
Fabriken stammen soll. Der Mangel eines Arsenalts bereitet Aman-  
ullah die größten Schwierigkeiten, die man indessen zu überwinden  
hofft.

## Wehrwirtwarr!

### Die Formulierungen des „Klassenkampf“.

Von Friedrich Stampfer.

„Der Klassenkampf“, eine Zeitschrift, die von den Ge-  
nossen Max Adler, Paul Levi, Kurt Rosenfeld,  
Max Seydewitz und Heinrich Ströbel herausgegeben  
wird, veröffentlicht kürzlich „Vorschläge für die Program-  
mformulierungen zum Wehrproblem“, die in einer Reihe von  
Parteiablätern abgedruckt wurden und für die in Parteiver-  
sammlungen eine lebhaft propagandistische getrieben wird. Der  
Entwurf zerfällt in zwei Teile: A Grundfähliches und B Ak-  
tionsprogramm. Das Aktionsprogramm unterscheidet sich von  
den Forderungen des Entwurfs der Programmkommission  
nur in Einzelheiten. Es mag daher genügen, den grundfä-  
hlichen Teil wiederzugeben:

I.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will dem bürger-  
lichen Staat die Mittel zur Führung von Kriegen nehmen.

Das kann nicht allein durch die sogenannte Abrüstung — das  
heißt, durch die Beseitigung von Truppenkörpern und Waffen und  
der unmittelbar zur Kriegführung dienenden technischen Mittel —  
erreicht werden. Vielmehr ist dazu die ständige und lückenlose Kon-  
trolle aller zu Kriegszwecken geeigneten Produktionsmittel des Lan-  
des durch die Organisation des Proletariats notwendig.

II.

In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charak-  
ter des herrschenden Imperialismus. Deshalb lehnt die Sozialdemo-  
kratie jeden Krieg ab, mag er auch bei seinem Beginn als Ver-  
teidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neu-  
tralität bezeichnet werden.

Die Sozialdemokratie lehnt darum auch im kapitalistischen  
Staat die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft  
für die Beseitigung dieser Wehrmacht.

Dies muß die Sozialdemokratie auch aus innerpolitischen Grün-  
den tun, weil die herrschende Klasse die Wehrmacht bei allen Aus-  
einandergehungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur Nieder-  
haltung der Arbeiterklasse benützt.

III.

Dem Beschluß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in  
Brüssel folgend, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ent-  
schlossen, den stärksten Massenruck, auch in seiner reaktionären  
Form, gegen jede deutsche Regierung anzuwenden, die im Falle  
internationaler Konflikte zum Kriege schreitet und es ablehnt, sich  
einem Schiedsverfahren zu unterwerfen.

Wird ein Krieg in der kapitalistischen Epoche trotz der ent-  
schiedensten Gegenwehr der Sozialdemokratie nicht verhindert, so  
muß die Sozialdemokratie sich für die sofortige Beendigung des  
Krieges einsetzen und mit allen Kräften und allen Mitteln dahin  
streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und  
politische Krise zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen  
Klassenherrschaft auszunutzen.

IV.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt immer wieder  
den Klassenkampf in der kapitalistischen Gesellschaft in den Vorder-  
grund des politischen Kampfes. Sie ist sich bewußt, daß der  
Klassenkampf die innen- und außenpolitisch von ihr nur für ihre  
Klasseninteressen gebrauchten Wehrmittel entworfen werden müssen,  
und daß es zugleich notwendig ist, diejenigen proletarischen Mach-  
tmittel zu schaffen, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu  
ihrer Verteidigung bedarf.

Von einem Programm ist zu verlangen, daß es mit  
klaren Begriffen operiert. Grundgedanke des Entwurfes  
ist, daß dem „bürgerlichen Staat“ die Mittel zur  
Kriegführung zu nehmen sind, daß aber — siehe Absatz IV  
lehter Satz! — diejenigen „proletarischen Machtmittel“  
geschaffen werden müssen, „deren die werdende sozial-  
istische Gesellschaft zu ihrer Verteidigung bedarf“.

Leider unterläßt der Entwurf, zu erklären, was er  
unter einem „bürgerlichen Staat“ versteht, was unter einer  
„sozialistischen Gesellschaft“. Sehr richtig spricht er von einer  
„werdenden sozialistischen Gesellschaft“, die er sich also  
nicht so vorstellt, als spränge sie eines Tages fertig in die  
Welt wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus. Ist das  
aber richtig, so muß ebenso richtig sein, daß auch der  
„bürgerliche Staat“ nicht eines Tages verschwinden wird wie  
eine Dekoration im Theater in den Boden versinkt. Zwischen  
dem „bürgerlichen Staat“ und der „sozialistischen Gesellschaft“  
muß es also ein Uebergangsstadium geben, in dem  
sich nicht so ohne weiteres unterscheiden läßt, ob man sich  
noch im „bürgerlichen Staat“ oder schon in der „sozialistischen  
Gesellschaft“ befindet. Die Unterscheidungsmerkmale ein-  
deutig klarzustellen, wäre somit die erste Aufgabe des Ent-  
wurfes gewesen. Leider hat er sie versäumt.

Für die Behandlung der Wehrfrage ist dieses Versäumnis  
verhängnisvoll. Die Sozialdemokratie soll dem „bürger-  
lichen Staat“ die Verteidigungsmittel nehmen, sie soll sie der  
„sozialistischen Gesellschaft“ geben. Aber, du lieber Himmel,  
was soll sie in der Uebergangszeit machen?

Was ist überhaupt ein „bürgerlicher Staat“? Der Ent-  
wurf spricht hier vom bürgerlichen Staat, dort von der



„sozialistischen Gesellschaft“. Aber Staat und Gesellschaft sind zwei ganz verschiedene Dinge. Der Staat ist eine durch geschriebenes Gesetz geordnete festumgrenzte Zwangsgemeinschaft. Die Gesellschaft, das ist die Menschheit in ihren unendlich vielfältigen Beziehungen von Mensch zu Mensch. Auch die sozialistische Gesellschaft können wir uns nicht ohne Staat vorstellen, und nicht die Gesellschaft wird „proletarische Machtmittel“ haben — das kann sie gar nicht —, sondern der Staat wird sie haben.

So gewinnt die Frage ein anderes Gesicht: Wann hört der Staat auf, bürgerlich zu sein, und wann wird er proletarisch oder sozialistisch? Wie muß der Staat aussehen, wenn wir ihm Verteidigungsmittel bewilligen sollen? Deutschland ist eine demokratische Republik, es erfüllt bezüglich der Art, wie der Staatswille gebildet wird, alle Forderungen des sozialdemokratischen Programms. Deutschlands Bevölkerung besteht zu 70 Proz. aus Lohn- und Gehaltsempfängern, die gleiches Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern besitzen. Ist dieses Deutschland noch ebenso und im gleichen Sinne „bürgerlicher Staat“, wie etwa das Frankreich des Königs Louis Philipp mit seinem Privilegienwahlrecht einer gewesen ist?

Dah der Entwurf Deutschland trotz alledem und trotz der starken Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung als einen durchaus „bürgerlichen Staat“ betrachtet, ist wohl ohne weiteres anzunehmen. Aber wie ist es, wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit erobert? Wie, wenn in England die Arbeiterpartei zur Alleinregierung kommt? Ist dann dieser Staat auch noch immer „bürgerlich“ und muß ihm die allein regierende Sozialdemokratie die Mittel zum Kriegsführen verjagen?

Ist etwa Rußland ein „sozialistischer Staat“, dem „proletarische Machtmittel“ zu gewähren sind, während einem von der Sozialdemokratie registrierten Deutschland die Wehrmittel zu nehmen sind?

Alle diese Fragen fordern Antwort. Der Entwurf gibt sie nicht!

Seltener ist auch die Begründung, mit der der Entwurf für die Sozialdemokratie den Krieg ablehnen will. Da heißt es:

In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Deshalb lehnt die Sozialdemokratie jeden Krieg ab.

Bisher dachte man, die Sozialdemokratie lehne den Krieg überhaupt und für jede Epoche ab. Man ist erstaunt zu hören, daß sie ihn nur in der „kapitalistischen Epoche“ ablehnt. Und warum? Weil er „den Charakter des herrschenden Imperialismus trägt“. Einen Krieg, der einen anderen Charakter trägt und der in einer anderen Epoche zu führen ist, lehnt die Sozialdemokratie also nicht ab?

Zum Kriegsführen gehören bekanntlich immer mindestens zwei. Muß der Krieg immer auf beiden Seiten den Charakter des Imperialismus tragen? Zum Beispiel der Angriff Rußlands auf Georgien trug imperialistischen Charakter — waren auch die Georgier Imperialisten, weil sie sich zu wehren verjagten? Imperialist ist doch immer nur der, der einen anderen fressen will; auch den, der sich nicht fressen lassen will, imperialistischer Niedertracht zu beschuldigen, wäre entschieden ungerade.

Zu stärksten Bedenken gibt auch der zweite Absatz des III. Teils Anlaß. Im Fall eines Kriegsausbruches soll sich die Sozialdemokratie — das ist ganz selbstverständlich — für die sofortige Beendigung des Krieges einsetzen, aber auch den Krieg „zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft“ ausnutzen. Diese Ausnutzungstheorie gibt zu den gefährlichsten Spekulationen und Illusionen Anlaß. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, so ein bißchen Krieg wäre eigentlich gar nichts Unehbenes, denn dadurch käme man ja zu einem beschleunigten „Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft“.

Dagegen ist zweierlei zu sagen: eine Arbeiterschaft, der es nicht gelingt, mit der Waffe des allgemeinen gleichen Wahlrechts die kapitalistische Klassenherrschaft zu beseitigen, wird auch durch einen Krieg nicht die dazu nötige Kraft gewinnen. Zweitens aber, nach einem neuen großen Krieg kann die Arbeiterklasse durch den Sturz der Kapitalherrschaft nicht mehr erben, als einen großen Trümmerhaufen, auf dem nichts mehr wächst.

Ganz besonders aber wird Deutschland, das Land der stärksten Sozialdemokratie, ein solcher Trümmerhaufen werden, wenn es uns gelingt, die Wehrmacht zu beseitigen, es aber trotzdem zum Kriege kommt.

Wir müssen, sagt der Entwurf, die Wehrmacht schon deshalb abschaffen, weil „die herrschende Klasse die Wehrmacht bei allen Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benutzte“.

Woher dieser Glaubenssatz? Welches Interesse hätte zum Beispiel die Reichswehr, gegen eine sozialdemokratische Regierung zugunsten der Bourgeoisie zu meutern? Das müßte doch wahrhaftig eine elende Führung sein, die das Proletariat in eine solche Lage brächte! Neun, zehn, fünfzehn Millionen sozialdemokratischer Wähler brauchen, wenn sie sich vernünftig benehmen und für eine vernünftige Führung sorgen, vor hunderttausend Reichswehrsoldaten, die doch auch keine Bourgeois sind, wirklich nicht zu zittern!

Sie brauchen das um so weniger, weil sie entschlossen sind, ihre Machtansprüche auf dem Boden des geltenden Verfassungsrechts, mit den Mitteln der Demokratie, durchzusetzen. Eine Arbeiterklasse, die so handelt, die sich über ihre Ziele und Wege im Klaren ist, ist unüberwindlich. Nur wenn sie in Konfusion gerät, wird sie schwach, und vor dieser Gefahr möchten wir sie bewahren!

Darum ist der Entwurf des „Klassenkampf“ abzulehnen!

## Bahnsturz im Saargebiet.

Mit einem Beschleuniger vereint gegen die Polizei.

Zwischen im Saargebiet stationierten englischen Bahnsturzgruppen und der Polizei des Saargebietes kam es in der Nacht zum Montag zu einem Zusammenstoß. In der Nähe des Bahnhofes verhielten zwei englische Soldaten die Festnahme eines ständigeren Ruhestörer deutscher Nationalität, mit dem die Soldaten gemeinsam ausgewandert. Sie griffen den diensthabenden Polizeioberwachmeister tätlich an. Der deutsche Polizeibeamte setzte sich zur Wehr und brachte beide Engländer auf die nächste Polizeiwachstube, wo sich der eine als englischer Militärpolizist auswies. Das sofort benachrichtigte Bahnsturzgruppenkommando entsandte daraufhin einen Bewachungsbefehl, der die beiden Soldaten abführte.

# Auf den Pfiff der Unternehmer.

Deutschnationale Parteileitung gegen deutschnationale Handlungsgehilfen.

Der sogenannte Vaterländische Verlag in Halle gibt einen Kalender „Friedrich der Große“ heraus, der für die nationalsozialistischen Organisationen aller Richtungen bestimmt ist. Für diesen Kalender schrieb der Redakteur des Organs des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Albert Zimmermann zwei Beiträge, in denen er den Unternehmern einige unangenehme Wahrheiten sagte. Ueber das, was darauf erfolgte, unterrichten die folgenden Dokumente.

I.

## Bericht Zimmermanns in der „Deutschen Handelswoche“.

„Meine Aufsätze hatten eine recht eigentümliche Wirkung. Sie wurden nicht etwa in Arbeitgeberzeitschriften widerlegt. Das wäre meines Erachtens nicht nur schwierig, sondern geradezu unmöglich gewesen. Denn ich hatte für jede meiner Behauptungen vollzählige Beweise. Das wußte man in Arbeitgeberlagern natürlich. Andererseits waren den Herren meine Feststellungen ganz besonders peinlich, weil sie... aus dem nationalen Lager kamen und gerade in nationalen Kreisen verbreitet wurden. Dort wollte man nicht gern bloßgestellt sein, dort wollte man die alte, falsche Ansicht zu erhalten suchen, daß die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Hege es seien, die stets den Streit in der Wirtschaft in Szene setzen. Söder wollte man als der gutmütige alte Herr mit den treuen blauen Augen erscheinen. Deshalb galt es nicht, die unangenehmen Behauptungen zu widerlegen, sie durften nicht einmal zur Aussprache gestellt werden, es galt vielmehr ihre Verbreitung zu unterbinden.“

II.

## Schreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an die Hauptleitung der Deutschnationalen Volkspartei.

„Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände muß es auf das allererbhablichste bedauern, daß der Schriftensverkehr der Deutschnationalen Volkspartei mit seiner Empfehlung des vorliegenden Heftes des Jahrbuches „Friedrich der Große“ eine Veröffentlichung unterstützt, die in außerordentlich hohem Maße geeignet ist, unrichtige Urteile über das deutsche Unternehmertum entstehen zu lassen und somit nicht zur Befriedung innerhalb des deutschen Volkes, sondern vielmehr zu einer Vertiefung der Gegensätze und einer Verschärfung der von agitatorischen Kräften der Gewerkschaften geförderten Verhetzung zu führen.“

III.

## Schreiben des Hauptgeschäftsführers der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Weiß, an den Vaterländischen Verlag.

„Wir haben bisher Ihren Kalender „Friedrich der Große“ empfohlen und verteidigt. Wir bekommen nunmehr den in Umschlag beigelegten Brief der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Den Beantwortungen müssen wir uns anschließen und sind daher zu unserem Bedauern nicht mehr in der Lage, den Kalender zu empfehlen.“

Die deutschnationale Zeitung hört auf den Pfiff der Unternehmer und die deutschnationalen Handlungsgehilfen haben wieder einmal einen Hugenbergsfußtritt erhalten.

# Wiederbeginn des Landtags.

Das Brandunglück in der Schöneinstraße. — Deutschnationale Drehkrankheit.

Der Landtag trat am Dienstag wieder zusammen. Er erörterte zunächst das große Berliner Brandunglück in der Schöneinstraße vom 18. Dezember, das so vielen, vor allem jugendlichen Arbeiterinnen das Leben gekostet hat. Verbrecherische Leichtfertigkeit des Unternehmers, der seinen hochgefährlichen Zellulosebetrieb überhaupt nicht angemeldet hatte, trägt zweifellos die Hauptschuld. Aber Parteien und Regierung waren sich auch darin einig — Genossin Hanna hob es als Berichterstatterin und Rednerin merkmalhaft hervor —, daß die Gewerbeinspektion versagt hat. Das ist die Feststellung einer Tatsache, kein Vorwurf. Denn schon seit Jahr und Tag hat die Sozialdemokratie erklärt, daß Personalbestand und Organisation unzureichend sind. Sehr endlich haben sich die bürgerlichen Parteien bekehren lassen, und im Handelsauschuß eine wesentliche Vermehrung der Zahl der Gewerbeinspektionsbeamten gefordert. Während im Ausschuß darüber Einstimmigkeit herrschte, schied im Plenum plötzlich die Wirtschaftspartei aus und besann sich auf ihr Programm ausschließlich Mittelstandsvertretung. Für sie gibt es schon jetzt Gewerbeinspektionsbeamte, für sie werden die kleinen Betriebe schon zu gründlich kontrolliert! Die Wirtschaftspartei hatte sich mit ihrem Umfalle in eine glänzende Notation hineingelassen. Sie blieb die alleinige Partei, die den fortschrittlichen Entwürfen des Ausschusses nicht zustimmte.

Danach gab es eine ebenso wilde wie komische Immunitätsdebatte. Die Deutschnationalen hatten beantragt, grundsätzlich die Immunität immer dann aufzuheben, wenn ein Abgeordneter als verantwortlicher Redakteur des Pressefeldes offenbar schwer mißbraucht. Nichts hinderte das Parlament schon jetzt, das in jedem einzelnen Fall zu tun. Aber die anderen Parteien taten

den Deutschnationalen den Gefallen und nahmen ihren grundsätzlichen Antrag an. Hieraus kam man zur Frage einer Aufhebung der Immunität der nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Ley und Kaufmann, die als verantwortliche Redakteure nationalsozialistischer Blättchen mit wüsten Beleidigungen und Ritualmordmärchen gezeichnet hatten. Und jetzt lehnten die Deutschnationalen plötzlich diese Strafverfolgung unter den schäblichsten Vorwänden ab! Nationalsozialisten und Herr Dr. Fönck von der Deutschen Fraktion weitesterten in Beschimpfungen der Republik und ihrer Minister. Was im übrigen die Nationalsozialisten stammelten und brüllten, war ein so lässlicher Ausbruch der Angst, daß der Demokrat Grzimek mit Recht aus ihren ganzen Reden nur die eine Melodie heraushörte: „Ach blieb so gern imman, Madame! Aber trotz aller Obstruktionserfahrungen hat der Landtag in viermöglicher namentlicher Abstimmung die Immunität der nationalsozialistischen Schimpfhelden auf, und auch die aufopfernde Hilfe der Kommunisten konnte sie nicht retten.“

Am Mittwoch beginnt der Landtag die zweite Lesung des Etats beim Haushalt der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

## Die Erledigung des Etats.

Der Kabinettsrat des Landtages entschied sich in der Frage der Erledigung des neuen Haushaltes dahin, daß das Bureau des Landtages einen Plan ausarbeiten und prüfen soll, ob die Beratungen so zeitig beendet werden können, daß dem Wunsch des Finanzministers Rechnung getragen werden und der Haushalt noch bis zum 31. März des Jahres verabschiedet werden kann. Die Fraktionen werden sich mit der Frage noch beschäftigen. Am Donnerstag wird der Kabinettsrat die Angelegenheit erneut beraten.

## Für Revolverjournalismus.

Eine Leistung des Fememörderblattes.

Der Freispruch des Journalisten Böffl, der seinen Gegner Wolf im Gerichtsaal niederschloß, hat weit über Oesterreichs Grenzen hinaus einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Der Freispruch ist um so ungeheurer, als die Verhandlung gegen Böffl klar ergeben hat, daß in dem Enthüllungskampfe Wolf moralisch im Recht und Böffl tatsächlich ein anrüchlicher und standesunwürdiger Journalist war, dessen Feder sich durch Infernalentwürfe dirigieren ließ.

Immerhin hat dieser Revolverjournalist jetzt journalistische Güterpreise gefunden. Die „Deutsche Zeitung“, die seit Jahr und Tag so wacker für die gloriosen Fememörder kämpft, müßte ihrem Charakter untreu geworden sein, wenn sie nicht auch für Herrn Böffl eine ganze Bräde.

Das Fememörderblatt hat ein epochales Entdeckung gemacht: Die Demokraten und Republikaner seien doch für Abschaffung der Todesstrafe und für Milde in der Justiz. Warum haun sie nicht jetzt über den Freispruch Böffls? Gegner der Todesstrafe sein, heißt nämlich für die Freilassung familiärer Mörder eintreten! Diese Auffassung steht auf dem gleichen Niveau wie die sonstigen Auslassungen des Fememörderblattes zur Justizreform, die so ungefähr in der Darstellung gipfeln, daß die Justizreformer aus den Gefängnissen Drogenhändler und Bodehotels machen wollten.

Das geistige Niveau des Fememörderblattes reicht auch noch dazu hin, sich über die Witwe des ermordeten Wolf zu mokieren, die nach einer Meldung bei der Verkündung des Freispruches entsetzt aufgeschrien haben soll. Also, debütiert das Fememörderblatt, sei es doch wahr, daß die Witwe misselig eine Beiprägung des Schuldigen abgelehnt habe. So seien diese Republikaner!

Das Fememörderblatt hätte wenig Anlaß, sich gerade in diesem Punkt maßlos zu machen. Es gibt einen weltbekannten Fall, in dem die Mutter eines Ermordeten in einem Brief an die Mutter der Mörder sich für Gnade gegen diese eingesetzt hat: das war die Mutter Walter Rathenaus, die durch ihr Schreiben an Frau Lechow, die Mutter des Mörder-Brüderpaares, als Jüdin mehr wahres Christentum gezeigt hat, als in zehn Jahrgängen der „Deutschen Zeitung“ insgeheim zu finden ist.

Böffl und das Fememörderblatt, sie sind einander wert, verwandte Seelen finden sich zu Wasser und zu Lande.

## Der Fall Frieders.

Dr. Frieders stellt sich nicht zur Strafvollstreckung.

Weimar, 22. Januar.

Die Thüringische Regierung hatte das Justizministerium ermächtigt, dem ehemaligen Oberstaatsanwalt Dr. Frieders, Weimar, wenn er sich bis zum 21. Januar 1929 der Strafvollstreckungsbehörde stellt, unter der Bedingung, daß er sich der Strafvollstreckung nicht widersetzt, Strafunterbrechung zu gewähren, solange es zur Wahrnehmung der Hauptverhandlung vor der Dienststrafkammer angebracht erscheint. Die Frist lief am Montag ab. Dr. Frieders hat sich noch nicht gestellt.

Der Konflikt der Regierung gegen den Beschluß des Landtages, Frieders zu begnadigen, ist noch nicht gelöst. Der Mangel an staatspolitischer Einsicht bei der bürgerlichen Thüringer Regierung ist katastrophal.

## Die neue Radautaffik.

Folgen des Konkurrenzkampfes bei den Kommunisten.

Die kommunistische Rechtsopposition will ihre Haupttätigkeit in die Gewerkschaften verlegen. Die kommunistische Zentrale dagegen erblickt in den Arbeitslosen die geeigneten Objekte ihrer Politik. Sie möchte die Rechtsopposition durch die Taktik des revolutionären Radkaus übertrumpfen.

Zu diesem Zweck organisiert sie die Sprengung von Stadtverordnetenversammlungen, sie veranstaltet Erwerbslosendemonstrationen, bei denen ihre Provokateure für den nötigen Wärm und für Zusammenstöße mit der Polizei sorgen. Am Montag ist diese Taktik wieder einmal in Halle erprobt worden.

Früher arrangierte man für solche innerparteilichen Auseinandersetzungen einen kleinen Puff, heute begnügt man sich mit dem revolutionären Radkaus.

Das Befinden König Georgs V. hat sich in den letzten Tagen soweit gebessert, daß der König sich auf Anregung seiner ärztlichen Ratgeber im Laufe der nächsten Woche nach dem, an der Kanalküste befindlichen Seebad Bognor begibt, wo ihm für die Dauer seiner Rekonvaleszenz ein Privathaus zur Verfügung gestellt worden ist.



## Sparkommissar und Länderverwaltung.

### Bereinfachung und Vereinheitlichung das Ziel.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt behandelte in seiner Diensttagssitzung zuerst den Nachtragshaushalt des Rechnungshofes für 1928, der gleichzeitig den Haushalt des Reichspar-Kommissars enthält. Präsident des Rechnungshofes und Reichspar-Kommissar ist der frühere Minister Saemisch. Herr Saemisch führte aus, daß er sein Personal mit Absicht auf das denkbar knappste bemessen habe und daß er daher bitte, die von ihm angeforderte ganz geringe Stellenvermehrung zu genehmigen. Es sei selbstverständlich, daß wegen dieser Personalknappheit auch die Durchführung der Rechnungen der Verwaltung nicht so gründlich vorgenommen werden könne, wie das an sich wünschenswert sei.

Vom Abg. Simon-Schwaben (Soz.) und dem Vorsitzenden wurde das verdienstvolle Arbeiten des Rechnungshofes, das sich auch für das Reich finanziell günstig auswirkt, durchaus anerkannt und betont, daß die Tätigkeit des Rechnungshofes durch Personalmangel nicht beeinträchtigt werden dürfe. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß das seit kurzem begonnene Handinhandarbeiten des Rechnungsunterausschusses mit dem Haushaltsausschuss und die dadurch bewirkte engere Beziehung zum Rechnungshof sich für alle künftigen Etatsberatungen als ganz außerordentlich nützlich und materiell wertvoll erweisen werde, und daß diese Entwicklung durch Personalmangel nicht gestört werden dürfe. Es sei auch notwendig, daß die Prüfungen des Rechnungshofes sich immer mehr nicht nur auf kalkulatorische Richtigkeit und auf das Vorhandensein aller Belege, sondern auch darauf erstreckten, ob die Verwaltung wirtschaftlich arbeite und nicht mehr Stellen unterhalte als unbedingt erforderlich seien.

Abg. Kell (Soz.) wies darauf hin, daß einzelne Länder den Sparkommissar zur Prüfung ihrer Verwaltungen in Anspruch nehmen und fragte, wieviel Beamte dadurch beschäftigt wären und ob und wie eine Kostenverteilung stattfinden. Herr Saemisch erklärte, daß die Reichsregierung zur Prüfung der Verwaltungen der Länder die Ermächtigung erteilt habe.

**Jurist werden geprüft: Hessen, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Württemberg.**

Es sei notwendig, daß zu solchen Prüfungen ein oder mehrere Beamte seiner Verwaltung in demselben Land selber arbeiteten. Der Sinn der Prüfung gehe nach seiner Auffassung dahin, daß die Erfahrungen der Länder bezüglich ihrer Verwaltung erweitert werden sollen durch Herren, die nicht nur in der Verwaltung eines, sondern vieler Länder reiche Erfahrungen besitzen. Kosten entstehen den Ländern durch diese Prüfungen nicht, da sich das Reichsfinanzministerium bereit erklärt habe, die Kosten auf die Reichskasse zu übernehmen. Die Länderprüfungen ständen auch in engster Beziehung zur Reichsreform, sie seien daher auch aus diesem Grunde Reichsache.

Sein Streben gehe nicht nur auf Vereinfachung der Verwaltung des betreffenden Landes, sondern auf eine mögliche Vereinheitlichung.

Bisher seien insgesamt 220 000 Mark Kosten entstanden. Gerade diese Länderprüfungen, die bisher Neuland seien, wären außerordentlich wichtig. Sie ständen in engsten Beziehungen zur Tätigkeit der Länderkonferenz.

Bei der dann begonnenen Beratung des Nachtragshaushalts 1928 der Reichswehr verlangte der Berichterstatter Abg. Klaffen (Soz.), daß keine Vermehrung, sondern ein Abbau der Beamtenszahlen der Reichswehr erfolge, wenn er auch zugebe, daß zurzeit die Aufrückmöglichkeiten nicht günstig seien. Bekanntlich sei dem Reichswehrministerium eine bestimmte Zahl von Beamten zugewiesen, ohne daß innerhalb dieser Beamtenszahl die einzelnen Kategorien festgelegt sind. Das Wehrministerium könne daher innerhalb dieser Beamtenszahl, soweit der Reichstag zustimme, hin und her manövrieren. So wolle man jetzt, wie er festgestellt habe, aus einem Hauswart einen Oberstudienrat machen, indem man den Hauswart streiche und den Oberstudienrat einsetze. Aus drei Küstern sollen drei Pfarrer werden. Da die drei Pfarrer selbstverständlich Küster brauchten, würden dann wohl die drei Küster auf Privatdienstvertragsstellung angestellt werden. Das seien natürlich Dinge, die unter keinen Umständen gebilligt werden könnten. Genosse Klaffen verlangte des Weiteren, daß die Beamtenwünsche in einem Untersuchungsausschuss nachgeprüft werden sollten, und daß man ihnen soweit nachkomme, als die Finanzlage es irgend zulasse. Des Weiteren wurde verlangt,

daß der Sparkommissar, der seine Tätigkeit im Reichswehrministerium vor Beendigung abgebrochen habe, die Durchführung der Wehrverwaltung wieder aufnehmen soll.

Nach längerer Debatte gab der Reichswehrminister Goerner zu Protokoll, daß er den Herrn Reichsparkommissar bitten werde, unabhängig und gründlich die gewünschte Untersuchung vorzunehmen.

## Die Angleichung des Cherechts.

### Sozialdemokratische Entschließung im Nationalrat angenommen.

Wien, 22. Januar.

Der Nationalrat nahm zum Haushalt des Justizministeriums einen sozialdemokratischen Entschließungsantrag an, wonach die Regierung so bald als möglich eine Vorlage über die Angleichung des Cherechts an das reichsdeutsche unterbreiten möge. Für den Antrag stimmten 80 Sozialdemokraten und Großdeutsche, dagegen 76 Christlichsozialen und Landbändler. (Ann. d. Nat. d. Rep.: Die Wiederverheiratung „katholisch Beschledener“ ist nach dem österreichischen Cherecht nur mit besonderer Erlaubnis (Dispens) des Landeshauptmanns zulässig. Die Gerichte versuchen immer wieder, diese Dispens des Landes Wien rechtsunwirksam zu machen.)

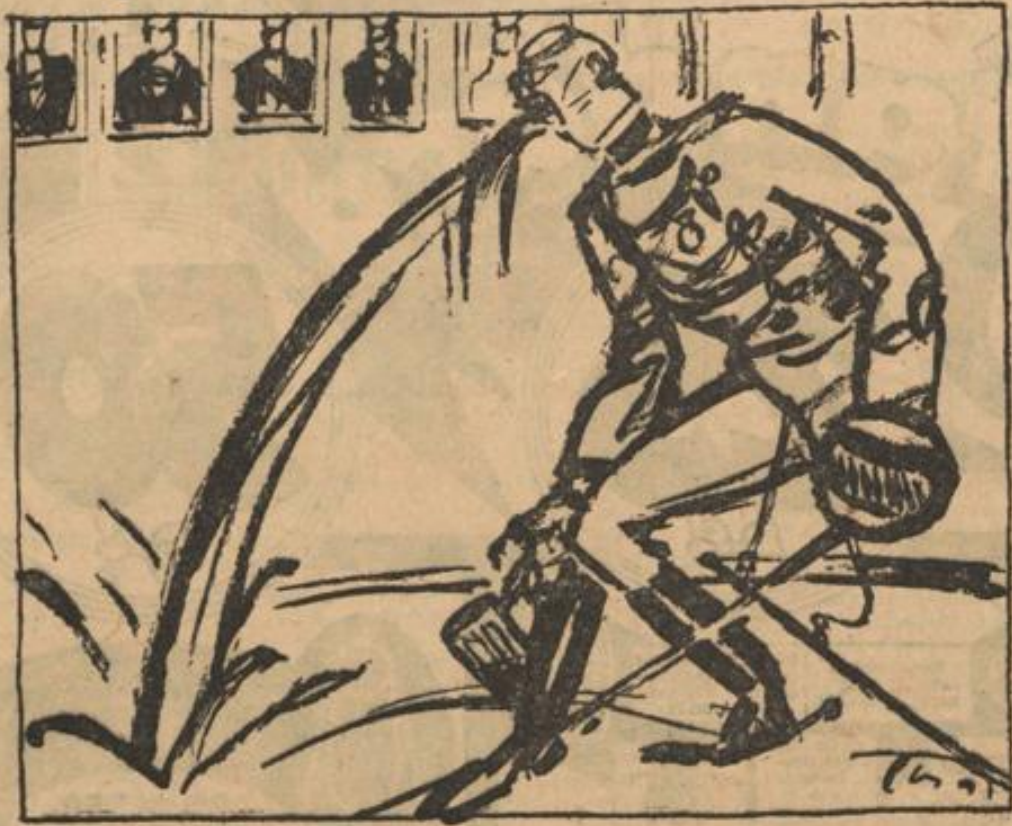
Zum Haushalt des Innenministeriums wurde die Regierung aufgefordert, die Verwaltungsreform, besonders die der politischen Verwaltung, fortzusetzen und auch der Angleichung der Rechtsverhältnisse des Deutschen Reiches und Österreichs auf Verwaltungsbereichem Gebiete vorzuziehen. In besonderer Augenmerk zuzuwenden, zu welchem Zwecke u. a. auch die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen zum Studium der politischen Verwaltung in Preußen fortzusetzen und auszubauen wären.

### Partei Gründung.

Hobe Beamte, Großkaufleute usw. haben in Wien eine „demokratische Mittelpartei“ gegründet, die den verflochtenen Liberalismus zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten wieder aufzuheben will.

Zustände in Mexiko. In verschiedenen Teilen des Staates Hidalgo wurden am Sonntag anlässlich der Gouverneurwahlen insgesamt 25 Personen getötet. Allein in dem Orte Mexiquitlan wurden bei einem Zusammenstoß zwischen amerikanischen Gruppen 16 Personen getötet und 34 verwundet.

## Freiwilliger Steuerträger.



„Was, wir nicht staatsverhaftend? — Wer trägt denn die Biersteuer?!“

## Der Tunnel unter dem Kanal.

### Baufreundliche Erklärung Baldwins.

London, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus ist zu seiner letzten Session vor der Auflösung zusammengetreten. Die Regierung war zu Beginn der Sitzung einem wahren Kreuzfeuer von Fragen ausgesetzt, unter denen die Anfrage des Abg. Thurle (Lib.) über die Stellung der Regierung zum Plan eines Tunnels unter dem Kermelkanal das größte Interesse erregte. Der Ministerpräsident antwortete, die Zeit sei zu einer neuen Prüfung der Frage reif. Es sei erwünscht, diese Frage nicht als ein Politikum zu behandeln. Immerhin müsse das „Reichsverteidigungskomitee“ befragt werden, ehe irgendeine Entscheidung gefällt werden könne. Abg. Thurle machte den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam, daß nach der Auffassung der weitaus größten Mehrheit der Nation die letzte Entscheidung in dieser Frage nicht beim Reichsverteidigungskomitee liegen dürfe.

Aus dem Ton der Erklärung Baldwins wurde allgemein geschlossen, daß die Regierung nun dem Gedanken der Durchführung des Tunnelbaues unter dem Kanal freudlich gegenüberstehe.

### Pariser Nationalisten denken sofort an strategische Vorteile

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die gesamte französische Öffentlichkeit verlag mit größter Spannung den Verlauf der in England um das Projekt eines Tunnels unter dem Kermelkanal entbrannten Diskussion. Die Blätter geben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß nunmehr anscheinend der größte Teil der englischen Öffentlichkeit für die Durchführung des Projektes gewonnen ist, und sehen darin ein bedeutendes Symptom der Festigkeit der englisch-französischen

Beziehungen. Wenn die Engländer ihr Vertrauen gegen eine engere Verbindung mit dem Festland nunmehr aufgeben, so erscheint dies in Paris vor allem als die beste Krönung der Entente cordiale. Man rechnet hier bereits in diesem Sinne aus, wieviel mehr Franzosen wohl angesichts der besseren Verbindung dann nach London fahren würden und wie nützlich dies sich auf die politischen Beziehungen beider Länder auswirken müsse.

Der „Intransigent“ schwelgt in Freude bei dem Gedanken, wieviel rascher „im Notfall“ die Engländer künftig Hilfe zu bringen vermöchten. Daher werde die Sache des Friedens, mit dem Blatt schließen zu können, am dem Tage einen bedeutenden Fortschritt erzielt haben, an welchem das Unterhaus die Vorlage angenommen hätte.

### Keine Änderung in der Rheinlandfrage.

London, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus wurde auch die Rheinlandfrage gestreift. In Beantwortung einer Frage des Abg. Wedgwood (Lib.) bezüglich der Rheinlandräumung sagte Außenminister Chamberlain, daß seit der Vertagung des Parlaments keinerlei Änderung eingetreten sei. Auf eine weitere Frage Wedgwoods, ob die deutsche Regierung noch heute den Wunsch habe, die in Genf beschlossene Feststellungs- und Vergleichskommission anzunehmen, antwortete Chamberlain, er müsse es ablehnen, seine Antwort auf die von Wedgwood gemachte Anspielung auszudehnen. Die Regierungen hätten sich vereinigt, die Frage des Zwecks und der Dauer dieser Kommission zu studieren und seien eben jetzt damit beschäftigt. Sie stützten sich dabei auf eine Resolution, der auch der deutsche Reichstag seine Zustimmung gegeben hätte.

## Rölling-Hoffmann.

### Plaidoyer der Verteidiger. — Vor dem Urteil.

Der Hoffmann-Rölling-Prozess ist seinem Ende entgegen. Von den Verteidigern kam gestern nur Professor Binder-Haße zu Wort, der für Hoffmann sprach. Er erörterte die Beziehungen der Verwaltung zur Justiz und rügte das Eingreifen der Verwaltung in die Rechtspflege. Die Angeklagten, meinte er, hätten sich in ihrem Handeln lediglich von ihrer Liebe zum Staat, von der hohen Achtung vor der Würde des Rechts und dem kategorischen Imperativ der Pflicht leiten lassen.

Heute sprechen die beiden anderen Verteidiger, denen der erste Staatsanwalt Dr. Begermann antworten wird. Auch der Angeklagte Hoffmann hat ein längeres Schlusswort angekündigt. Das Urteil ist jedenfalls nicht vor Donnerstag zu erwarten; läßt der Senat aber eine längere Pause eintreten, um den gesamten Fragenkomplex nochmals durchzuarbeiten, so dürfte das Urteil erst am Freitag gefällt werden.

## Die Reichsbahn berichtet.

### Herr von Siemens wieder Präsident des Verwaltungsrats.

Am 21. und 22. Januar 1929 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin. Dazu erklärt die Reichsbahn-Gesellschaft:

Im Vordergrund der Beratungen stand wieder die finanzielle Lage der Reichsbahn. Die Jahresabschlussarbeiten für 1928 lassen schon jetzt erkennen, daß die Betriebseinnahmen nur die Betriebsausgaben, die festen Lasten und die Zinsen der Vorzugsaktien decken.

Die Pläne der Reichsbahn zur Anpassung der Reichsbahnanlagen an die sich rasant steigenden Anforderungen des Verkehrs und der Wirtschaft sind nur bei Aufnahme von neuem Kapital durchführbar. Bei der zurzeit immer noch ungünstigen Lage des Geldmarktes für langfristige Kapitalaufnahmen müssen sie trotz der bagatellprägenden ersten Bobenten vorläufig zurückgestellt werden.

Ueber die finanzielle Auswirkung der im Oktober 1928 eingeführten Tarifierhöhung auf den Güterverkehr läßt sich auch heute noch kein klares Bild gewinnen, da die Arbeitsbeschränkung im Ruhrgebiet der Verlauf des Güterverkehrs anormal beeinflusst hat. Die erwartete Vermehrung der Einnahmen aus dem Personenverkehr ist eingetroffen. Die Aufwanderung von der Volkstasche in die Polsterklasse hat sich weiter fortgesetzt.

Von den Verhandlungen mit der Reichsregierung über das Verhältnis der Eisenbahn zum Kraftwagen nahm der Verwaltungsrat Kenntnis. Der Verwaltungsrat beauftragte den Generaldirektor, auf allen Gebieten der Verwaltung die Möglichkeiten weiterer Rationalisierung erneut durchzuprüfen. Im besonderen soll, zumal, da auch Reich und Länder an eine grundlegende Verwaltungsreform herangegangen sind, auf dem Gebiete der Organisation erörtert werden, in welcher Weise sich eine günstigere Einteilung der Direktionsbezirke bei Verringerung ihrer Zahl durchführen ließe.

Die jagungsmäßigen Wahlen wurden vorgenommen. Sie ergaben die Wiederwahl der Herren Dr. C. F. von Siemens als Präsident, Staatssekretär a. D. Stieler als 1. Vizepräsident, Generaldirektor Maurice Margot als 2. Vizepräsident. Die Ausschüsse wurden entsprechend der neuen Zusammenlegung des Verwaltungsrats neu besetzt. Aus dem bisherigen Bilanzauschuss und Anleihausschuss wurde ein besonderer Finanzausschuss gebildet.

## Autobuskatastrophe in Amerika.

### 17 Tote bei einem Zusammenstoß mit einem Straßenbahnwagen.

Belleveue (Ohio), 22. Januar.

Während eines Schneesturmes fuhr ein elektrischer Straßenwagen der Lake Shore Vorortbahn an einer Straßenkreuzung in einen Passagierautobus hinein, der sich auf der Fahrt von Pittsburgh nach Chicago befand. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind 17 Passagiere des Omnibus getötet worden.

Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß der Autobus in einen Groben geschleudert und völlig zertrümmert wurde, während der Straßenbahnwagen entgleiste und auf den Autobus stürzte. Die Trümmer des Autobusses hatten sich derart in die Vorderachse des Straßenbahnwagens eingeklemmt, daß es zwei Stunden dauerte, ehe die Rettungsarbeiten so weit vorgeschritten waren, daß die ersten Leichen geborgen werden konnten. Von den Passagieren des Straßenbahnwagens wurde, soweit bekannt, niemand ernstlich verletzt, doch befürchtet man, daß sich noch weitere Leichen unter den Trümmern des Autobusses befinden. Der Führer des Automobilomnibusses blieb unverletzt und erklärte, er sei durch den Schneeeis geblieben und habe den heran nahenden Straßenbahnwagen nicht gesehen.







# Die Anstaltskirche als Tribunal.

L. R. Zuchthaus Sonnenburg, 22. Januar.

Ein eigenartiges Gerichtsschauspiel: die Anstaltskirche als Tribunal, Gefängnisbeamte als Angeklagte, Gefangene als Zeugen. Das heißt — die kommen erst — vorläufig folgten in monotoner Reihe die Gefängnisbeamten: ein Stück Drillstoff, eine Hose, eine Leibbahn, ein Mantel, ein Tornister, ein Paar Schuhe usw., manchmal mehrere Stück — das ist alles, was sie in der einen oder anderen Weise aus den Altverwertungsbeständen der Firma Schwarzschild u. Co. sich angeeignet haben sollen. Lächerliche Bagatellen! Demgegenüber stehen 36, 30, 25, 20, 15 usw. Jahre sadellöcher Dienstes. In dieser Gegenüberstellung liegt die ganze Tragik dieses außerordentlichen Prozesses.

Man mußte aber die Gefängnisbeamten auf die Anklagebank setzen, um nicht den Anschein entstehen zu lassen, als bete man Verbrecher von Beamten, die berufen sind, Freier gegen die Gesellschaft zum rechtmäßigen Denken und Handeln zurückzuführen. Das erfordert die höhere Gerechtigkeit. Nach dem Bittspruch an der Wand der Anstaltskirche: Selig sind, die da hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.

Durch die dicht verhängten Fenster der Kirche — die Gefangenen sollen am Hineinschauen verhindert werden — dringt kein Sonnenstrahl des wunderbaren Wintertages. Es ist aber, als höre man ein Pauschen und Raunen von Zuchthausstimmen. Unsichtbar mahnen der Verhandlung die 400 Insassen der Anstalt bei. Es gibt kein anderes Gesprächsthema in Sonnenburg als den Prozeß. Dies wackelbeinige Städtchen mit seinen 4000 Einwohnern ohne Wasserleitung und Kanalisation hat endlich durch das ihm so verlebte Zuchthaus seine Sensation. Und es gibt selbstverständlich auch im Zuchthaus kein anderes Gesprächsthema als die Gerichtsverhandlung. Leicht macht man es den Gefangenen gerade nicht; die Zeitungen erhalten sie geschwätzt, die Berichte sind ausgemergelt; von den Beamten ist nichts zu erfahren — die Vertraulichkeit zwischen Gefangenen und Wachtmeistern hat aufgehört. Jetzt kämpfen diese um das Vertrauen der ihnen Anvertrauten. Erst wenn die Gefangenen als Zeugen an die Reihe kommen, wird das Interesse und die Neugier des Zuchthausvolks voll aufgefressen werden. Aber wolle sie verhindern, daß selbst die in ihren Einzelzellen noch so isolierten Zeugen Mittel und Wege finden, sich ihren Mitgefangenen verständlich zu machen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Aussagen der Gefangenen sich glatt abwickeln. Schon der Prozeß gegen die Sonnenburger Schupobeamten, der am Donnerstag zu Ende geht, verlief nicht ganz reibungslos; ein Lebenslänglichlicher verweigerte seine Aussage. Sollte man ihm gegenüber etwa das Zeugniszwangsverfahren anwenden? Derselbe Gefangene fungierte aber auch in diesem Prozeß als Zeuge.

Besondere Schwierigkeiten dürften die Gefangenen machen, die feinerzeit aus Sonnenburg verlegt wurden und jetzt zurücktransportiert sind. Einer von diesen ist bereits am Sonnabend auffällig gewesen.

Die Situation ist auch sonst äußerst unerquicklich. Beamte, von Gefangenen schwerer Bergehen bezichtigt, üben noch heute im Zuchthaus ihren Dienst aus. So glauben die Gefangenen sich nicht selten von den Beamten benachteiligt, selbst wenn es nicht der Fall ist. Und diese, die ja schließlich auch nur Menschen sind, sind vielleicht trotz ihrer besten Absichten nicht immer so objektiv, wie sie es vielleicht sein möchten. Auch fehlt ihnen die Sicherheit des Auftretens, die für einen Beamten, der mit diesen Menschen zu tun hat, erforderlich ist. Er läuft immer Gefahr, daß ihm von irgendeiner Seite an den Kopf geworfen wird: was hast du mir hier zu sagen, du bist ja nicht besser als ich. Das soll schon vorgekommen sein. Andererseits ist damit zu rechnen, daß mehr als ein Gefangener den Rückzug antritt; wozu soll er auch seine Lage im Zuchthaus verschlimmern? Im Kampfe gegen die Beamten sind die Gefangenen die Unterlegenen.

Der Prozeß mag ausfallen, wie er will. Das Feinsche wird Melben, Wächter als das aber ist es, daß es überhaupt zu der Verhandlung kommen konnte. Humaner Strafvollzug ist hier mit Lotterwirtschaft verwechselt worden. Die Feinde des ersten werden sich freuen. Die Beher, die neben

manchem anderen aus dem Ganzen zu ziehen ist, wäre die: Politische und kriminelle Beamte dürfen nicht in einer Anstalt gehalten werden. Das sollte man sich für alle Zukunft merken.

Auf dem Anstaltshof herrschte Wildwest. In die umlaufenden Zustände im Zuchthaus Sonnenburg wurde im Lauf der weiteren Verhandlung noch schärfer hineingeleuchtet. Sehr anschaulich schilderte sie der Oberwachtmeister Dargel, der 36 Dienstjahre hinter sich hat. Wenn die Beamten in die Arbeitsfälle kamen, wurden sie mit „Rat Front“ und „Heil Mostau“ rufen begrüßt. In den Sommermonaten, als sehr vielen Gefangenen Sonnenbäder erlaubt worden waren, habe

auf dem Anstaltshof ein richtiges Zigeunerleben mit Wildwestzuständen

geherrscht. Völlig unbefriedigt seien die Gefangenen in den Hof gekommen und hätten sich dort auf ihren Federn niedergelassen, eine Flasche mit Selterwasser als Erfrischung neben sich. Dabei seien regelmäßig Gruppen gebildet worden, und zwar die „Rechtsstehenden“, die „Kommunisten“ und schließlich die „kriminellen Verbrecher“, und zwischen diesen drei Gruppen sei es dann regelmäßig zu Hin- und Herrufen und schließlich auch zu Tätlichkeiten gekommen, bei denen sich besonders der berühmte Mörder Steinbock ausgezeichnet habe. Wiederholt seien rechtsstehende Gefangene blutig geschlagen worden. Auf alle Beschwerden habe Direktor Lüdecke nur erklart: „Was soll ich machen. Ich verkomme von oben auch keine Unterstützung. Wenn ich mal einschreite, dann wird es von oben wieder rückgängig gemacht.“ — Als der Angeklagte Dargel sich auch darüber beschwerte, daß der Beauftragte des Strafvollzugsamtes, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Knobloch, bei der Untersuchung sich geweigert habe den Widerruf von Belastungszeugen protokollieren zu lassen, kam es zu längeren Auseinandersetzungen zwischen Rechtsanwalt Dr. Themat und Staatsanwaltschaftsrat Knobloch.

Zur Erörterung kam im Verlauf der Vernehmungen auch noch, daß die Gefangenen es sehr gerührt verstanden haben, die Beamten der Anstalt untereinander aufzuheben. Da die Beamten selbst mußten, daß unter den Sträflingen eine schwarze Liste kursierte, erzählten die Gefangenen zum Beispiel dem einen Beamten, daß sein Name auf ausdrücklichen Wunsch eines anderen Beamten auf diese Liste gesetzt worden sei, auch wenn tatsächlich an dieser Behauptung kein wahres Wort wahr. Im Verlauf des Nachmittags wurde dann in

### die Beweisaufnahme

eingetreten und zunächst der Beauftragte des Strafvollzugsamtes, Staatsanwaltschaftsrat Knobloch, als Sachverständiger und Zeuge vernommen. Er äußerte sich zunächst allgemein über die Einrichtung des Altverwertungsbetriebes in Sonnenburg. Die Heeresverwaltung habe gebrauchtes Heeresgut an Abnehmer verkauft, die sich verpflichtet hatten, alle Arbeiten zur Ausbesserung der Gegenstände in den Strafanstalten machen zu lassen. Anfang 1928 begann dann in Sonnenburg die Verarbeitung dieser Bestände, für die die Firma den Werkmeister Grafunder anstellte. Bereits im April 1928 seien dann völlig unerwartet so riesenhafte neue Transporte von der Reichswehr eingetroffen, daß die zur Verfügung gestellten Räume nicht ausreichten und ein fürchterliches Durcheinander herrschte. Es entwickelten sich schließlich große Unzutraglichkeiten.

Schon beim Ausladen der Waggons auf dem Bahnhof Sonnenburg fürchte sich die Zivilbevölkerung auf die Wagen, um möglichst viel zu ergattern. Ebenso wurden Bekleidungsgegenstände von den Wagen bei ihrer Fahrt durch die Stadt heruntergeworfen. Besonders kam der Oberwachtmeister Raumann mit seiner Trägerkolonne, zu der auch Baal und Grünig gehörten, mit der Zivilbevölkerung in Berührung. Die Bezahlung für die verkauften Bekleidungsstücke erfolgte entweder in altem Material oder auch mit Geld, das von den Angehörigen der Gefangenen an die Zivilbevölkerung in Sonnenburg abgeholt wurde. Die Beamtenhaft der Anstalt diente zu bestimmten Sachen verkauft, aber auf Wunsch der Firma wurde im April 1928 eine Verkaufsperre verhängt, und deshalb haben sich wohl die Beamten später diese Bekleidungsgegenstände inoffiziell besorgen wollen, was sich in der Anstalt allgemein herumgesprochen hatte. Hinzukam, daß wohl noch

Grafunder, der bei dem zweiten Transport völlig den Kopf verloren hatte und wegen der Untersuchungen fürchtete, zur Rechenschaft gezogen zu werden, wohl im trüben gefischt hatte. Grafunder, der wohl auch selbst im trüben gefischt haben muß, wird wohl die Gefangenen angeflist haben, sich an die Beamten heranzumachen, damit er auf diese Art und Weise das Aufsichtspersonal in seine Hand bekam und zum Schweigen verpflichtete. Was die Disziplin in der Strafanstalt betrifft, so lagen die Verhältnisse hier im argen. Direktor Lüdecke hat, das muß zugegeben werden, die Beamtenhaft nicht genügend gestützt. Es sind Disziplinlosigkeit eingetreten, wie sie hier von den Beamten richtig geahndet worden sind. Als ich Mitte August 1928 hier her kam, fand ich noch

die wästelsten Bilder, wie ich sie noch in keiner anderen Anstalt gesehen hatte.

Rechtsanwalt Dr. Themat: Die Gefangenen haben auch Postkassett mit Kleidungsstücken im Gewicht von mehr als einem Zentner nach Hause geschickt. Es hatte sich ein reger Postdienst entwickelt. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Knobloch betonte weiter, daß die Staatsanwaltschaft bereits Mitte Juni 1928 Ermittlungen in Sonnenburg eingeleitet habe, und zwar auf Grund von Vernehmungprotokollen, die dem Direktor Lüdecke von der Schuppolizei in Kottbus zugegangen waren. Direktor Lüdecke habe dann bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, habe aber das Strafvollzugsamt nicht benachrichtigt. Vielmehr habe das Strafvollzugsamt erst im Juli 1928 eine Bescheinigung der Gefangenen über den Schwarzschildschen Betrieb erhalten und habe daraufhin selbständige Ermittlungen vornehmen lassen. Staatsanwaltschaftsrat Knobloch fand, als er seine Tätigkeit in Sonnenburg im August aufnahm, bereits Kriminalbeamte in der Anstalt vor, die in der Masse von Werkmeistern austraten und schließlich den Werkmeister Grafunder überführten.

Ueber die Frage der Glaubwürdigkeit kam es zwischen dem Sachverständigen und der Verteidigung zu längeren Auseinandersetzungen. Rechtsanwalt Dr. Themat bemängelte dann auch, daß während der ganzen Dauer der Voruntersuchung die Gefangenen nicht getrennt worden seien, sie seien vielmehr in den Arbeitsräumen zusammengeblieben und hätten sich so über ihre Aussage untereinander verständigen können. Auch jetzt zur Vorbereitung zu diesem Prozeß lägen diese Elemente Zelle an Zelle nebeneinander und könnten sich, wie man durch eigene Inaugenscheinnahme an Ort und Stelle mit Leichtigkeit feststellen könne, über ihre Aussage vor Gericht verständigen.

Die Verhandlung wurde auf heute früh 9 Uhr vertagt.

## Zusammenbruch einer Berliner Bank.

Für drei Millionen Mark Wechsel gefälscht?

Schwere Beschuldigungen werden gegen das Bankhaus G. Löwenberg & Co. unter den Linden 42, erhoben. Von ausländischen Banken wurde gegen dieses Unternehmen Anzeige erstattet mit der Begründung, daß für etwa 300 000 Mark Wechsel gefälscht seien.

Im Auftrage der Staatsanwaltschaft hat die Kriminalpolizei seit einigen Tagen Ermittlungen angestellt. Die Firma wurde im Jahre 1848 gegründet und gehört mit zu den ältesten Berlins. Allmählich verunkeltete sich aber der Ruf der Firma. Vor etwa drei Jahren trat der frühere Inhaber zurück und das Institut ging über in die Hände eines Dr. Isaac Lewin aus der Schlüterstraße 37 zu Charlottenburg. Er wurde in der Geschäftsführung unterstützt von Leonhard Rapoport, der in der Brandenburgischen Straße 1 wohnte. Dr. Lewin ist im Jahre 1887 in Riew geboren und besitzt amerikanisches Bürgerrecht. Rapoport ist 1895 in Mostau geboren, also russischer Nationalität. Er bekleidete bei der Bank den Posten eines Prokuristen, soll aber auch als Mitinhaber gegolten haben. Im vergangenen Freitag wurde er von der Kriminalpolizei gefaßt. Er bestreitet entschieden das Vorliegen einer Wechselgefälschung. Die Wechsel seien nur prolongiert worden, um Zwischentredite zu erhalten. Tatsächlich sind einige Wechsel dieser Serie von der Firma bereits eingelöst worden. Nach Auskunft von Angehörigen soll sich Rapoport zurzeit in einem

## Der Aufbruch des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Geacht Hermann Mostac

Wagner ging nicht auf die Bühne, sondern, der Weisung Kugelgens folgend, gleich zur Hofloge hinaus. Seine Gedanken überholten noch seine hastigen Schritte, seine Augen sahen durch die Fensterscheiben kurz und doch deutlich die lebenswürdigen Häuschen der winzigen Residenz, seine heißen Hände strichen im Vorübergehen über den kühlen Saum der Wände; hierher griff gewiß nicht die Faust der Zeit, die er mit hatte entketten helfen und die ihn nun zu ersticken drohte, hier konnte er zwei, drei Jahre lang Diener eines etwas schwachsinnigen, aber gutartigen Herrn sein, bis die Tyrannen gefürzt waren und es keine Diener mehr gab, hier konnte er gewiß der neuen Freiheit das Festspiel schreiben — vor der engen Tür zur Hofloge blieb er aufatmend stehen, gab sich, die große Schleife zurechtlegend und sich streckend, noch einmal die Gewißheit vor sich selbst, den Scharmücheln von außen nur entfliehen zu sein, um wahrhaft von innen kämpfen zu können — dann trat er ein.

Vor ihm stand ein blasser, schmaler Mensch neben einer großen, herabschönen Frau. Kugelgen kam, machte eine Handbewegung, um den Blick des Blaffen auf Wagner zu lenken, ihn vorzustellen. Zwei weißlich-blaue Augen sahen auf den kleinen, krummen Kapellmeister, weiteten sich in jähem Entsetzen — der Herzog schrie leise auf, schlug die Hände vors Gesicht, taumelte zurück, fiel — man sprang hinzu, stützte ihn —

Kugelgen schob Wagner schnell hinaus. „Kommen Sie morgen schnell ins Schloß, um sich Bescheid zu holen.“ sagte er hastig. „Seine Durchlaucht haben einen Ohnmachtsanfall erlitten. Es dürfte nichts auf sich haben.“

### 2. Die franke Stirn.

Obgleich den drei Vertretern des Bernburger Handwerks bedeutet worden war, daß Audienzen nur nach vorheriger

Anmeldung gewährt werden könnten, daß zudem der Herr Justizminister von Braun seit langem erkrankt und der Herr Ministerpräsident von Kersten nicht zugegen, sondern mit Ihrer Durchlaucht der Herzogin und fast allen Herren des Hofes zur Fuchsjagd geritten sei — die drei hatten sich nicht abweisen lassen, hatten in einem bei Hofe bisher ungewohnten Ton erklart, daß ihnen an den Herren Ministern heute nichts gelegen sei, und hatten Seine Durchlaucht unbedingt persönlich sprechen wollen, um ihn über die Beschlüsse der gestrigen Bürgerversammlung zu unterrichten. Und obgleich sie in ihren schlechtstehenden, schwarzen Bratenröcken eher komisch als tapfer ausahen, waren sie nicht gewankt und nicht gewichen und hatten solange mit ihren breiten derben Stimmen parliert, bis Alexander Carl endlich selbst aufmerksam geworden war und angeordnet hatte, daß man sie zu ihm führe. „Ich verstehe gar nicht, warum man mich hier absperrt. Ich rede sehr gern mit solchen Leuten!“ hatte er Kugelgen auf dessen Vorstellung geantwortet — und mit seiner harmlosen Auffassung schien er zunächst rechtzubehalten.

Denn als die drei, der Schmied Ulmer, der Böttcher Kniephade, der Seiler Menge, in dem durch schwere, mattgelbe Vorhänge stark verdunkelten Zimmer des Herzogs standen und Alexander Carl lässig von seinem französischen Buche, „Paul et Virginie“, aufblatte, jankten ihnen doch die simplen Herzen in die langen, feierlichen Enden der Bratenröcke, die dadurch so schwer wurden, daß die groben Hände fortgesetzt linksch davon zupften. Und Kugelgen, der sie hineingeleitet hatte, setzte sich stumm in eine dunkle Ecke und bildete auch keinen Ausgleich zwischen der Morgenröte auf dem Schloßhof und der tranken Dämmerung dieses Zimmers. „Guten Tag.“ sagte Alexander Carl.

„Guten Tag.“ antwortete Ulmer als einziger. Da ein kurzes Schweigen entstand, glaubte er sich und die anderen vorstellen zu müssen. „Mein Name is Ulmer, Friedrich Ulmer, ich bin Schmiedemeister in Barnborch —“

„Ulmer? Ulmer?“ Der Herzog legte die schmale Hand auf die Stirn; Stirn und Hand verschwammen in einer Fläche, so weiß und zart waren beide. „Haben Sie nicht einen Verwandten, der Chordirektor an meinem Gymnasium ist?“

„Das is mein Bruder.“ stotterte der Schmied verlegen. In seinem langsam denkenden Hirn stieg zum erstenmal die Angst auf, daß er dem studierten Bruder, der fast noch mehr sein heimlicher Stolz als seine Liebe war, durch sein Auftreten bei Hofe etwa Schaden könnte; aus diesem Konflikt

kam er sobald nicht heraus, so daß er vorerst verdattert schwieg.

Alexander Carl, ohne Ahnung von seinem diplomatischen Erfolg, wollte aufmuntern: „Run?“

Der Seiler Menge nahm sich zusammen. Er wollte eine ausführliche Darlegung beginnen. „Ja, also, Durchlaucht —“

Die blaße Stirn des Herzogs zog sich in schmerzliche Falten, die schmalen Hände hoben sich abwehrend, die hohe Stimme schlug über, weinte fast: „Man soll mich doch nicht Durchlaucht nennen! Ich habe es doch so oft gesagt! Meine Herren Bettern in Cöthen und Dessau haben das so gewollt, aber deshalb muß doch ich mich nicht Durchlaucht nennen lassen! Meinen Vater hat man Hoheit genannt — warum soll ich keine Hoheit sein!“

Der Seiler und die beiden anderen, die Alexander Carl's Stedenpferd für einen Ausdruck seiner Bescheidenheit hielten, schwiegen verblüfft und sympathisch berührt. Kugelgen machte in seiner Ecke, hinter des Herzogs Rücken, eine verschwommen abmahnende Bewegung.

„Durchlaucht!“ fuhr der Fürst ruhiger fort, „was ist das auch für ein Titel! Hoheit, das verstehe ich, das kommt von hoch, aber Durchlaucht — versteht Ihr das Wort?“

„Rein, Durchl. — Hoheit.“ bestätigte Menge wahrheitsgemäß, während Kugelgen in seiner Ecke feststellte, daß die Worte des Herzogs für einen Unbefangenen oft etwas von der Ausdrucksart weiser Shakespearescher Rarren haben müßten.

„Run, es ist gut.“ erklärte Alexander Carl verjöhnt.

Jetzt beschloß der Böttcher Kniephade, die Sachlage in wohlgelegter Rede darzustellen. „Also, da han mir gestern in'n Viktoriapark anne Bürgererjammlung jehatt —“

„Im Viktoriapark? War ich da nicht feinerzeit zur Weiße der Männerchorfabrik?“

„Jawoll, Durchlaucht!“

„Hoheit!“ verbesserte Menge ängstlich. Kugelgen grinste. „Der Kniephade lieh sich nicht mehr aus dem Konzept bringen.“

„Un da han wir uns also besprochen immer die — tower die — na — immer die Vorkommnisse in Frankfurt un Berlin un so —“

„Aber um Gottes willen!“ rief der Herzog erschreckt. „Ihr wollt doch nicht etwa Barrikaden hier bauen?! Der Herr von Kersten würde ja —“

„Aee, nee!“ beruhigte Menge breit grinsend. „Ulmer mahrt denn, Hoheit! Wir un Barrikaden bauen! Aee, nee, das tun mir nische.“ (Fortsetzung folgt.)







## Rich. Gerlach: Der Schrei der Tiere

Ursino brüllte erschütternd, daß seine Brust sich krümmte. Er ahnte die Löwen in der Wüste nach. Wie ein Pfeilschuß gelte es den Zuhörern um die Ohren, ein langhinderndes Gurgeln, wie ein Erdbeben, aus schauerlicher Eingeweide-Tiefe. Weiblich hallend ergelbe es Stoß um Stoß, wurde drohender, dann schwächer, brummte sich aus wie im Halbchor, wie im Traum. Als die Stummheit flohte, war es, als gäherte nur noch der unendlich erhabene Sternenhimmel der Tropen.

Heute war der letzte Abend des berühmten Tierstimmen-Imitators Ursino. Der Varietésaal war vollgepfloßt bis in die Nischen. Sein Ruf erfüllte seit einer Woche die Stadt. Anfangs hieß es, er sei ein Possenreißer erster Klasse, ein Urnieß, ein gemaltiger Nachahmer. Wie er die Ziegen modern ließe, das wäre die ergößlichste Verzerrung der menschlichen Gesellschaft. Was er alles in ein einfaches Klaffen hineinlege, sei unbeschreiblich, Neugier, Neid, Neulust, Weisheit und noch viel Schlimmeres.

Im Grad, elegant, undurchdringlich das zerfurchte Gesicht, unbestimmbar seine Herkunft, sein Alter, seine Lebensumstände, schlenndete er auf der Bühne auf und ab und begleitete seine Vorträge hier und da mit einer erläuternden Gebärde, einer höflichen Verbeugung.

Auf das, was auch andere Tierstimmenimitatoren bringen, hatte er sich nur den ersten Abend beschränkt. Da ließ er die Enten schnattern, tafelte wie eine eierlegende Henne, krächte wie ein Hahn, maute wie eine Katze, knurrte und bellte wie ein Hund, wieherte wie ein Pferd, i—ahnte wie ein Esel, grunzte wie ein Schwein, maulte wie eine Kuh. Seine Darbietungen hielten sich noch ganz im gewohnten Rahmen, wenn es auch sofort merkwürdig schien, wie seine Schreie der Natur gleichen. Selbst ein Bauer hätte meinen können, in seinem Stalle wäre eine Revolution ausgebrochen.

Das Publikum hing gebannt an dem sonderbaren Rogner auf den Brettern. Es schüttelte sich vor Lachen. Löwen in der Wüste, knirschend nahe, man war dabei gewesen. Und ohne jede Gefahr.

Jetzt drehte sich Ursino wieder zur Rechten. Er rief die Wälfen der Tiere immer mit abgekehrtem Gesicht hervor. Das Röhren des Edelstirns erscholl, der gequälte Brummschrei des Hochmoosbes. Es war, als wenn man den zurückgeworfenen Kopf mit dem aufschmerzenden Geweih aus dem Dunkeln ragen sähe. Ein wildes leidenschaftliches Urwetterlachen stöhnte und sang, verding sich wie an Löwenstammen.

Wo nahm dieser Mensch die Stimme her, so zu schreien? War er ein früherer Opernsänger? Dies Organ war durchgehends noch dunkelsten Bass bis zum hohen C. Nichts als argwohnlos, er schreie gar nicht selbst, habe die Klänge mit den Tieren hinter der Bühne vermischt. Ungläubig meinten sogar, von dort ein fortwährendes Scharren und Rummern zu hören.

Wiederum lehnte sich Ursino der Wand zu. Redend knarrten Odins Hähnel, die Kolltraben, es klang bauchrednerisch wie das Krachen in einer verfallenen Katakomben. Braune Bären knurrten und meckerten mit unzufriedenen Kehlkäulen, argwöhnlich sah man sie aus witzigen Augen blitzen, auf pampigen kräftigen Sohlen wackeln.

Nun aber heulte es schauerlich auf. Einer hatte das Weinglas gerade erhoben, es ging nicht von der Stelle, er setzte es nicht ab, es schwebte vor seinem Munde.

Das Weinen eines hungrigen Winterwölfes zog fadenförmig und

flüchtig durch den Raum. Wölfe hechelten hinter Schritten, man sah ihre Köpfe hinter den Fenstern eines einsamen Gehöftes auftauchen. Der Bolaf U, der traurige, dunkle, sentte sich suchend durch die Nacht. Hier war Verlassenheit und trostlose Begrabenheit. Die Bestie winnerte, daß sie verdammte war, Fleisch zu fressen. Der Schnee überfror, kein Leben atmete im Wald. Bangtönte die Zeit der Vermäße auf. Man sah einen Straußdieb, einen entlaufenen Landstreich, den Dolch zwischen den Zähnen.

Trampeten des Elefanten, Redern der Seesäulen, Grölen der Paviane, Haulen des Pontiers, der nasele Kampfschrei der Gnas. . . Uhu- und Eulenrufe beschloßen die Vorstellung.

Ursino ließ den Beifall hinter sich. Mit hochgestellten Krügen und frierenden Gliedern spazierte er an den mondbelegten Straßenfassaden hin. Die Bogenlampen schaukelten mehrmäßig im Wind. Ursino lachte grinnend in sich hinein. Ein Bild aus der Vergangenheit brannte vor seinen Augen: . . . Sibirien. . . Sein Blochhaus von Wölfen umlagert. Ab und zu schob er in die Weite hinein. Dann hielten die Lebriggeliebten über den Gefallen her, verschlangen ihn in wenigen Minuten. . . Wölfe heulten wochenlang durch seine Tage und Nächte. Da hatte er ihre Stimme kennen gelernt. Er heulte zu seiner Unterhaltung mit in ihrem Chor, er konnte es bald wie die Wölfe selber.

So hatte er gelernt, mit den Tieren zu stammeln, zu jaulen, zu murren und zu jähnen. Er entdeckte, wie wandlungsfähig und ausdrucksvoll jeder Ruf der Natur war. Die Tiere hatten ja keine Worte. Alles lag im Klang. Er lautete und lautete und verlor.

In afrikanischen Sternennächten hörte er die Löwen jähren. Er blieb in der Nähe der Löwen, denn er liebte ihren Gesang. Jörn duckte sich, sprang vorwärts und schmeißte zu. Er forderte die Löwen zum Brüllen auf, indem er das tödliche Keifen der Hyänen aus der hohlen Hand blies, alsbald schüttelte unter dem Rachen der großen Ragen die Erde.

Ursino konnte sich nur schwer entschließen, das zahme, trübsame, ennernte Hinrücken der Städte zu ertragen. In der Strohenede leuchtete ihm der Rand prall entgegen. Da stah sich das Uß des Wolfes leise zwischen seinen Lippen heraus, strebte zum Rand empor, echote an den Häusern. Es war plötzlich, als wäre die Welt zu Eis erstarrt. Ursino stand und heulte vor sich hin. Er stand eine ganze Stunde und ließ sein Luth im Wandlicht tanzen.

Zwei Polizisten übermühten ihn von hinten, fesselten ihn, spritzten ihn ein. Ursino aber hatte Heimweh nach der Wüste. Er heulte die ganze Nacht. Die Schulpeiler hielten sich vor Frauen die Ohren zu. Erst gegen Morgen, als der Rand verstand, erlangte Ursino das Bewußtsein zurück. Er tappte umher, stieß an eine harte Brüste. Er knipfte, aber niemand öffnete.

Nach einigen Stunden wurde er von Männern gepackt, in einen Wagen geschoben und fortgeführt.

Im weißen Operationsaal trat der Irrenarzt lächelnd auf ihn zu. Es dauerte ziemlich lange, bis Ursino seinen Beruf nachgewiesen hatte. Er wurde erst freigelassen, nachdem der Varietésdirektor sich persönlich für die völlige Harmlosigkeit des Künstlers verbürgt hatte. Sodann waren an die Polizei fünfundsiebzig Mark wegen ruhestörenden Lärmes zu entrichten.

In der nächsten Woche schiffte sich Ursino nach Indien ein. Er behauptete, die Tiger hätten ihn gerufen.

verlassene Form zu haben scheinen und wie ein fremdes Wesen in dieser Welt wirken. Und Chaplin, der eine ähnliche Typik beherrscht, gewinnt schon, wenn er nur von rückwärts zu sehen ist und wenn die Zuschauer das Köstliche seiner Füsse erblicken.

In der Folschingszeit werden alle Geister aus dem Reich des Königs Hartekin lebendig, und der sechsjährige Knirps ist ebenso beglückt, wenn er einen Bräutigam machen darf wie der Herr Senaispräsident, wenn er in einer Karmenaisgesellschaft als Hartekin auftritt. Einmal im Jahre leht sich der Mensch die Karrenfappe auf, einmal im Jahre gibt ihm die Rastentheilheit das Recht, die Wästen fallen zu lassen, um das verzerrte Gesicht aller Gesellschaftsmoral zu erblicken und sagen zu dürfen, was Sache seinen Hanswurst in „Hanswursts Hochzeit“ sagen läßt:

Guer fables Wesen, schwanfende Postur,  
Guer Leppeln und Krabbeln und Schneidernatur,  
Guer ewig lautend Ohr,  
Guer Bursch, hinten und vorn zu glänzen,  
Berm freisch wie ein armes Rohr  
Von jedem Winde Revertenzen.  
Über seht meine Figur,  
Wie harmoniert sie mit meiner Natur,  
Keine Kleider mit meinen Sitten:  
Ich bin aus dem Ganzen zugeschnitten.

## Treffende Antworten

Die gebuldige Verkäuferin brachte den achtzehnten Huf, ohne daß sich das Ehepaar entschließen konnte, einen zu kaufen. „Rein,“ meinte der zärtliche Gatte, „der paßt dir nicht, mein Engel.“ — Auch der neunzehnte hatte keinen Erfolg. Der Mann meinte: „Der ist zu wenig elegant für dich, mein Engel.“ — Da jagte die Verkäuferin, die es aufgegeben hatte, diesen Leuten etwas zu verkaufen: „Ach fürchte, Sie werden keinen passenden Hut bei uns finden. Heiligenscheine führen wir nämlich nicht.“

Blanquette hatte sich eine Zigarre gekauft, die ihm Uebelleit verursachte. Erholt ging er zu dem Zigarrenhändler und sagte: „Die Zigarre, die Sie mir da verkauft haben, ist unter aller Kritik!“ „Bester Herr Blanquette,“ antwortete der Händler, „bedenken Sie, Sie haben hinf eine davon, ich Bedauernswerter aber habe Tausende!“

Rurkemeyer kaufte sich ein Buch „Wie baue ich einen Rundfunkapparat?“ Am nächsten Tage erschien er erneut bei dem Buchhändler, diesmal sehr müde, und sagte: „Wie können Sie mir ein solches Mißbuch verkaufen! Aus dem Beschreibsel wird niemand klug! Der Mann weiß ja selber nichts!“

„Ja, mein lieber Herr,“ entgegnete der Buchhändler begütigend, „darauf ist er ja auch: „Wie baue ich einen Rundfunkapparat?“

Das Mädchen der geizigen Frau Renger kaufte ein: für fünf Pfennige Jint, für zehn Pfennige Zucker, für dreißig Pfennige Kaffee, vier Brötchen, einen Bismarck-Hering. Nachdem der Köchmann alles zusammengeliebt und eingepackt hatte, fragte er: „Geben Sie heute vielleicht einen Hausball?“

Frau Dellerking hatte ein Duzend Drangen gekauft. Als sie zu Hause nachzählte, waren es nur elf. Spornreichs begab sie sich in den Laden zurück und protestierte. „Ja, meine Gnädige,“ sagte der Fruchtverkäufer, „es hat alles seine Richtigkeit. Eine von den zwölf war schlecht, die habe ich gleich für Sie weggeworfen.“

Lehmann kaufte auf dem Jahrmarkt ein Spielzeug für seine kleine Tochter: vier hölzerne Hühner, die auf einem Brett sitzen und wie toll zu piden beginnen, sobald man an einer Schnur zieht. Gleich nach dem Bezahlen stellte Lehmann fest, daß nur drei Hühner piden; das vierte streift. „Sie!“ sagte er zu dem Verkäufer, „hören Sie mal, das eine Huhn pidd ja gar nicht!“ Der Verkäufer antwortet mit stoischem Gleichmut: „So? Na, det wird schon genug haben. Es ist ja doch schon halb sieben.“

## Südpol-Forschungen Byrds

Wie vor kurzem die Wilkinsche Expedition, die ihren Stützpunkt südlich von Amerika hatte, einen bedeutenden Flug über das Grahamland ausführte, wobei die Inselnatur dieses Polarlandes festgestellt wurde, so hat jetzt auch die Byrdische Südpolexpedition ihre erste Luftreise unternommen und ein großes unerforschtes Gebiet überfliegen können. Byrd ließ sich mit seiner umfangreichen Expedition in der Ballischnucht, im Osten der großen Eismauer, nieder, wo einst Amundsen seinen Ausgangspunkt für die Schlittenreise zum Südpol hatte und wo augenblicklich die Byrdische Expedition mit Errichtung ihrer Stationsgebäude beschäftigt ist. Gleich nach Anlandbringung eines Flugzeugs stieg dieses mit den Fliegern Smith und Johnson auf, überflog zuerst das unbekannte Hafengebiet, das Chamberlain-Hafen getauft wurde, und entdeckte dann einen Fjord, dem man den Namen Lindberg-Hafen gab. Die weitere Fahrt ging in südwestlicher Richtung über völlig unerforschte Gebiete, doch zeigte sich bald, daß die drei magnetischen Kompaße des Flugzeugs wegen der Nähe des magnetischen Südpols ganz wertlos waren, so daß nur ein Sonnenkompaß benutzt werden konnte. Schließlich mußte in dessen Infolge des Versagens der Kompaße die Rückfahrt angetreten werden, nachdem ein unbekanntes Gebiet von 1200 englischen Quadratmeilen überflogen worden war.

Die „Polarstadt“, die sich an der großen Eismauer erheben wird, umfaßt neben fünf größeren Holzgebäuden eine Anzahl kleiner Häuser. Im größten Gebäude erhalten die Leitung der Byrdischen Expedition, die Funkstation, die Bergje ufm. ihren Platz. Bei Zusammenlegung der Gebäude werden wegen der magnetischen Forschungen keine eiserne Nägel verwendet. Die Wästen der Funkstation erhalten 30 Meter Höhe, und es wird eine besondere Kraftstation hergestellt. In der Wesse kommen die Filme, die bei den Flügen aufgenommen werden, zur Vorführung, und sonstige Zerstreungen bieten die Vorträge der Wissenschaftsmänner über ausgeführte Forschungen, sowie die reichhaltige Bücherammlung und Musikinstrumente. Denn im Gegensatz zu früheren Polar-Expeditionen, die oft höchst trübfeige Ueberwinterungen durchmachen mußten, so z. B. auch die Ranfische „Fram“-Expedition, deren Mitglieder sich bei der letzten Ueberwinterung in schlechter Gemütsverfassung befanden, weiß die Byrdische Südpolexpedition alle möglichen Bequemlichkeiten auf, ganz zu schweigen von der dauernden Verbindung mit der Außenwelt, die durch die drahtlose Einrichtung ermöglicht wird, in der das heutige Polarforschungswesen ein unerschöpfbares Hilfsmittel besitzt.

## Heinrich Seufert: Harlekins Tod und Auferstehung

Nach offizieller Sitte erscheint der unheilige König Hartekin alle Jahre, nachdem die heiligen drei Könige am 6. Januar abgezogen sind. Mit dem Nehermittwoch ist seine offizielle Herrschaft wieder zu Ende. Seine Kettern freilich halten sich an keinen Kalendertag, und seine Verwandtschaft gab und gibt Gastspiele zu allen Zeiten und in allen Ländern. Der Harlekin gehört einem Geschlecht an, das, wenn das Alter die Qualität des Adels bestimmt, zum adelichen Geschlecht der Erde gehört, und die Sippschaft ist so groß, daß in Deutschland ein besserer Vertreter aussieht, wenn in Frankreich ein guter gestorben ist.

Früher einmal war der Harlekin der Spahmacher auf dem Theater. Er war schon in der altromischen Komödie und danach in der italienischen Stegreifkomödie heimisch. In Deutschland erreichte er das Mißfallen des Theaterprofessors Gottsched. Seit ihn die Neuberger, die eine geniale Theaterunternehmerin war, 1737 unter Mißhilfe „Er Magnifizenz, des Herrn Professors Gottsched, öffentlich von der Bühne verbannte, haben alle deutschen Bühnen, denen daran gelegen war, regelmäßig zu heißen, dieser Verbannung beizutreten geschlossen. Ich sage: gelidien; denn im Grunde hatten sie nur das bunte Lächeln und den Namen abgeschafft, aber den Karren behalten“. Lessing hat hier angedeutet, daß der Harlekin unsterblich ist und daß er unter anderem Namen immer wieder erscheint. In Deutschland hat sich, zuerst auf dem Wiener volkstümlichen Theater, der Name „Hanswurst“ eingebürgert. Der Hanswurst schlüpfte dann wieder in ein anderes Gewand und fand als Kasperl im Puppen-theater eine neue Heimat.

Die Komik, deren robuster und unentwegter Fahrenträger Hanswurst ist, feiert im Kasperltheater vor den Kindern ihren unbestrittenen und ursprünglichsten Triumph. Aber auch die Erwachsenen, so sehr sie durch Alter, Beruf und Reizung zur Würde neigen und sich vorher immer vergewissern, ob das Lachen gerechtfertigt ist, so erhaben sie auch auf die Vergnügungen der Kinder herabzusehen, lassen sich doch von anders ausgeputzten Bettlern des Hanswurst entzünden. Ein solcher Bettler, der heute beinahe schon wieder literarisches Ansehen gewonnen hat, ist der Clown, besonders wenn er in den Gestalten eines Grod, eines Balentin oder der Brüder Fratellini erscheint. Gewiß ist an den Erfolgen dieser Komiker die Sensation beteiligt. Aber die Sensation dauert schon zu lange, um bloß noch Sensation zu sein. Die Häuser, in denen sie auftreten, sind ausverkauft, und die Theater gähnen vor Beere, die Theater, die besonders dem Kino vorzuziehen, es verderbe ihnen das Geschäft. Das Kino, dessen technischen Möglichkeiten ohnehin das Komische offensteht, hat die Clown-Konjunktur nach allen Regeln der kaufmännischen Kunst ausgenutzt, wobei das bürgerliche Bedürfnis nach der optischbürgerlichen Zirkuswelt die beste Unterstützung leistete. „Fürst und Clown“, „Die große Nummer“, „Manege“, „Artisten“ und vor allem Chaplins „Zirkus“ sind im letzten Jahr über die Beiwand der ganzen Welt gezogen.

Das Kino hat auch noch in anderer Beziehung die Dynastie Harlekins wieder befestigt; denn jene Darsteller, die — bedeutsamer als der amerikanische Puppentheater — sich dem Gedächtnis aller Kinobesucher, dem französischen Kleinbürger ebenso wie dem australischen Hofenarbeiter, eingepreßt haben, sind direkte Leibbeserben Harlekins. Es ist bedauerlich, daß Deutschland noch keinen Nationalhanswurst fürs Kino geboren hat, wozu es vielleicht dann in der Lage ist, wenn nicht mehr so viele politische Hanswurste produziert werden müssen. Vorläufig müssen wir uns also an den internationalen Filmkomiker ergötzen und tun es nach Vermögen. Einer der frühesten war Max Linder, „trotz seines deutschen Namens ein Vollblutfranzose aus Bordeaux“. Er starb einen bösen Tod, da sein Leben tragisch war wie das aller großen Clowns und Komiker. Datum vermag auch der andere, Charlie Chaplin, eine tragische Situation so vollständig zu spielen, daß die Zuschauer vor Lachen vergehen möchten. Ebenfalls Amerikaner, wenn auch von ganz anderer Art, sind Buster Keaton und Harold Lloyd, jener hinreichend durch seine Mischung von Naivität und Ernst, die einem zweijährigen Kind Ehre macht, dieser manchmal ermüdend, weil er „too funny“ ist. Auch die Spiele der Dänen Pat und Palatschon lassen eine Grenze der Komik zuweilen spüren.

So verchieden alle Bettlern nach Namen, Geburtszeit und Geburtsort sind, so innig erweist sich ihre Verwandtschaft, wenn man das Wesen ihrer Komik unterucht. Jeder neue Hanswurst schafft sich stereotype Gesten, hat stets eine gleiche Kleidung und trägt bestimmte Dinge. Als der Name „Hanswurst“ aufkam, war er die Bezeichnung für einen „dicken Lölpel“, und Luther, der eine Kampfschrift: „Wider Hans Wors!“ schrieb, mußte einmal seinen beleibten Landesherren verteidigen: „Ich halte meinen gnädigen Herrn darum für Hans Wors!, daß er von Gottes Gaben stark, feti und vollen Leibes ist.“

In Wien bekam der Hanswurst auf dem Theater eine bestimmte Kleidung. Er trat als Salzburger Sau- und Krautschneider auf, mit einem spitzen grünen Hütchen, mit einem Brusttag und einer Holzprische. Das Tellerchen, das Buster Keaton auf dem Kopfe trägt, und das umgekehrte Rapschen Palatschons sind direkte Abkömmlinge von Hanswursts Hütchen. Chaplin ist nicht zu denken ohne sein Spazierstäbchen, das zu seinem Wesen gehört wie der Prügel zu Kasperl und wie das Histrionenschwert zur Puppenfigur im altromischen Marionettentheater. Für den kindigen Psychoanalytiker ist die Geschichte der Prische und es Stöckchens besonders ausschlagreich; denn der Karagös, der Hanswurst des türkischen Schattenspiels, ist z. B. noch mit einem Phallus bewaffnet. Nicht nur das Gesicht, die Gegenstände, die Bewegung werden von Hanswurst typifiziert, alles, auch die Grammatik und die Füsse sind willige und von jedem Hanswurst neu geformte Helfer der Komik. Wenn Grod gar nichts mehr einfallen sollte, so vereint er die Füsse der tausend Zuschauer auf seine Beingestelle, die seit seiner Geburt dieselbe gott-











